

**Brüssel, 14. Dezember 2007**

**Rede des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, beim Europäischen Rat**

Herr Präsident des Europäischen Rates, lieber José Sócrates,  
Sehr geehrte Damen und Herren Staats- und Regierungschefs,  
Herr Präsident der Kommission, lieber José Manuel Durão Barroso,  
Hoher Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, lieber Javier Solana,  
Sehr geehrte Damen und Herren Minister,

Zwei wichtige Tage liegen hinter uns: Am Mittwoch die feierliche Proklamation der Charta der Grundrechte im Europäischen Parlament in Straßburg, gestern, die feierliche Unterzeichnung des Reformvertrages durch Sie, die Staats- und Regierungschefs, sowie die Außenminister in Lissabon.

Diese zwei Tage ziehen einen Schlussstrich unter zwei Jahre der Krise und des Zweifels. Der Europäischen Union waren solche Krisen nie fremd. Wir haben sie aber auch stets für einen Neubeginn genutzt, um stärker als zuvor aus ihnen herauszutreten.

Als Europäische Union können wir stolz darauf sein, was in diesem Jahr für die Bürgerinnen und Bürger, für unsere Gemeinschaft erzielt werden konnte und können nun mit einer gewissen Zuversicht in die Zukunft blicken.

Das Wort historisch wurde in den vergangenen Tagen oft und auch zu Recht gebraucht. Dieses heutige Treffen ist ein Gipfel der Arbeit und des gemeinsamen Zupackens: Die Arbeit ist nicht geringer, die vor uns liegenden Herausforderungen sind nicht weniger drängend geworden.

Es ist die Verantwortung aller Institutionen und Gremien der Europäischen Union, sich dieser Arbeit ernsthaft zu widmen. Ein Europa der Ergebnisse mit einem spürbaren Mehrwert für die Menschen, das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger fordern.

Aus Sicht des Europäischen Parlaments sind die Erweiterung des Schengen-Raumes und unser europäisches Satellitensystem Galileo zwei Projekte, die beide ein wichtiges Signal des Aufbruchs senden.

xxx Schengen sowie Justiz und Inneres

Am 21. Dezember dieses Jahres beginnen wir mit der Erweiterung des Schengen-Raumes, also der Abschaffung weiterer Grenzkontrollen an den Landgrenzen, im März 2008 folgen die Flughäfen. Das ist eine Erweiterung der Freiheit und der Sicherheit, nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger der neun künftigen Schengen-Länder, sondern auch für die gesamte Europäische Union.

Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich die großen Anstrengungen würdigen, die die neun künftigen Schengen-Länder auf sich genommen haben, um in einer relativ kurzen Zeit den hohen und strikten Anforderungen des Schengen-Abkommens zu entsprechen.

Diese Erweiterung ist auch von großer symbolischer Bedeutung: Dies ist das sichtbare Zeichen der Überwindung der ehemaligen Teilungen in Europa, die Überwindung von Grenzen im Leben und in den Köpfen der Menschen.

Doch diese Erweiterung des Schengenraums darf nicht mehr Freiheit um den Preis von weniger Sicherheit geben!

Wir erwarten daher im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, dass der Rat dem Europäischen Parlament nach sechs Monaten einen Bewertungsbericht vorlegt. Gerade in der Frage der Sicherheit haben die Bürgerinnen und Bürger sehr hohe Erwartungen in die Europäische Union. Diese Erwartungen müssen wir erfüllen.

In diesem Zusammenhang ist das Schengen-Informationssystem II ein wesentlicher Bestandteil eines funktionierenden Schutzes der Außengrenzen der Union. Es ist dringend notwendig, die Vorbereitungen zum Start des Schengen-Informationssystem II zu beschleunigen. Wir brauchen dieses leistungsfähigere System für den benötigten integrierten Informationsaustausch zum vorgesehenen Termin!

Mit der Vergemeinschaftung des Bereichs Justiz und Inneres nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wird eine engere und wirksamere europäische Zusammenarbeit möglich sein.

Nicht zuletzt bei der Bekämpfung des Terrorismus ist eine engste Zusammenarbeit entscheidend, denn Terrorismus ist ein Verbrechen, für das es keine Milde geben darf.

Lassen Sie mich an dieser Stelle meine tiefe Solidarität mit den Familien der Opfer des Briefbombenanschlags in Paris sowie der durch die spanische ETA erschossenen Polizisten zum Ausdruck bringen. Der Kampf gegen den Terrorismus gehört zur Verteidigung unserer gemeinsamen europäischen Werte.

xxx Galileo

Auch bei Galileo gab es in den vergangenen Monaten Rückschläge und Krisen. Aber wie beim EU-Vertrag haben wir auch bei Galileo die Krise als Chance begriffen, als Aufforderung für verstärkte Anstrengungen und gemeinsames Handeln.

Das Europäische Parlament hat im Rahmen seiner Haushaltskompetenzen sehr konstruktiv an der Erzielung dieser Einigung mitgewirkt. Bereits am 20. Juni 2007 haben wir uns in einer EntschlieÙung eindeutig für den Kommissionsvorschlag einer Gemeinschaftsfinanzierung für Galileo ausgesprochen. Entscheidend für uns war, dass die anderen Programme des europäischen Mehrwertes durch diese Einigung nicht beeinträchtigt werden.

Mit seiner gestrigen abschließenden Bestätigung des EU-Haushalts für das kommende Jahr hat das Europäische Parlament dieser Einigung über die Finanzierung von Galileo seine Zustimmung gegeben.

Mein Dank gilt hier vor allem der bedachten Vorgangsweise der portugiesischen Ratspräsidentschaft, aber auch dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, Reimer Böge, dessen Umsicht und Entschlossenheit viel zur Erzielung dieses Kompromisses beigetragen hat.

Galileo hat jetzt seine Fesseln abgeworfen und kann wirklich starten. Wir beginnen aber mit insgesamt vier Jahren Verspätung. Diese verlorene Zeit müssen wir jetzt umso entschlossener aufholen und bis zum Jahr 2014 tatsächlich die geplanten 30 Satelliten in den Orbit bringen.

Die Europäische Union benötigt ihr eigenes europäisches Satellitensystem, weil wir uns in kritischen Momenten nicht auf andere Systeme verlassen dürfen, weil wir damit unsere eigene Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt unterstreichen können, weil wir neue und vielfältige Anwendungen entwickeln können, die mit dieser Technologie verbunden sind und neue Arbeitsplätze schaffen.

Notwendig ist vor allem die rasche Einleitung der tatsächlichen Umsetzungsphase. Das Europäische Parlament ist bereits dabei, unter Federführung meiner Kollegin Etelka Barsi-Pataky einen Bericht auszuarbeiten, um eine rasche Annahme der Galileo-Verordnung zu ermöglichen.

xxx Klimawandel

Sehr geehrte Damen und Herren,

Dieses entschlossene und gemeinsame Handeln der Europäischen Union ist auch in einem weiteren Schlüsselbereich von entscheidender Bedeutung: Dem Kampf gegen den Klimawandel.

Die Herausforderungen, vor denen wir im Bereich des Klimaschutzes stehen, sind drängender denn je, wie uns auch der vierte Bericht des Weltklimarates der Vereinten Nationen bestätigt. Noch können wir die schlimmsten Folgen des Klimawandels abwenden, doch müssen wir rasch handeln.

Der Frühjahrsgipfel mit der Vereinbarung ehrgeiziger Ziele war ein erster wichtiger Durchbruch.

Die Herausforderung besteht nun darin, die den Entscheidungen entsprechenden Legislativmaßnahmen zu beschließen. Wir erwarten mit Spannung und Ungeduld die Vorschläge der Europäischen Kommission.

Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich die europäischen Institutionen und alle Mitgliedstaaten auffordern, dass wir uns unserer Verantwortung gewachsen zeigen. Wer Entscheidungsfähigkeit will, darf sich nicht hinter der Einstimmigkeit verstecken! Dieses bedeutet die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments.

Wir können und müssen als Europäische Union unseren Partnern weltweit beweisen, dass es möglich ist, Wirtschaftswachstum von gleichzeitig höheren CO<sub>2</sub> Emissionen zu entkoppeln und unsere Produktionsmethoden entsprechend anzupassen.

Wir brauchen jetzt eine internationale Übereinkunft zur weltweiten Senkung der Emissionen. Die zurzeit stattfindende UN-Konferenz in Bali bietet eine Chance für die globale Staatengemeinschaft, eine umfassende und verbindliche Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels zu formulieren.

In Bali werden die Einzelheiten eines Verhandlungsmandats für ein Nach-Kyoto Protokoll ausdiskutiert.

Die konstruktiven Diskussionen der ersten Tage in Bali geben uns Grund zur Hoffnung. Das Europäische Parlament begrüßt ausdrücklich die Wende in der Politik Australiens, das nun das Kyoto-Protokoll unterschrieben hat. Wir würden uns sehr wünschen, dass auch die Vereinigten Staaten von Amerika endlich dieser Richtung folgen.

Ein Abkommen ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten ist undenkbar, ein Plan ohne Grenzwerte allerdings auch. Ich hoffe, dass es eine Einigung geben wird, bei der die Vereinigten Staaten nicht als Blockierer zum Schaden des gesamten Planeten dastehen.

Die auszuhandelnde Lösung muss auf dem Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten beruhen. Denn auch wenn die entwickelten Nationen in den nächsten zehn Jahren den größten Teil der globalen Anstrengungen zur Schadstoffreduktion übernehmen müssen, ist eine Einbeziehung auch der Schwellenländer und Entwicklungsländer unumgänglich, unterstützt auch durch das Angebot von Technologietransfer, denn schon vor 2020 werden die Emissionen dieser Staaten die der Industrieländer übersteigen.

Um das 2-Grad-Ziel weltweit tatsächlich erreichen zu können, ist die rasche Schaffung eines globalen Emissionshandelssystems ausschlaggebend.

Wesentlich ist auch die Einschränkung der nach wie vor fortschreitenden Rodung riesiger Waldflächen, die weltweit heute für rund 20 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist.

Wir hoffen auf die Festlegung eines ehrgeizigen Emissionskürzungsziels in Bali für den Zeitraum bis 2020, denn wenn dort ein umfassendes und bindendes Abkommen gelingt, dann wird auch die Europäische Union ihren im März vereinbarten höheren Verpflichtungen nachkommen müssen.

Als Europäisches Parlament sind wir überzeugt: Der Kampf gegen den Klimawandel ist ausschlaggebend um die Schöpfung zu bewahren.

xxx Interkultureller Dialog

Wir müssen aber auch in anderen Regionen der Welt dringend Wege aufzeigen, um Frieden und Verständigung zu ermöglichen.

Durch ihre eigene Erfahrung des Friedens, der Versöhnung und der Toleranz nach Jahrhunderten von Krieg und Gewalt kann die Europäische Union ihren Partnern Vorbild sein und den Dialog zwischen den Kulturen fördern.

2008 wird das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs sein. Dieses Europäische Jahr ist sichtbarer Ausdruck unseres zunehmenden politischen Engagements zur Einbeziehung interkultureller Fragen in die Politiken der Union. Am 8. Januar 2008 werden die Präsidenten der drei Institutionen in

Ljubljana dieses Europäische Jahr eröffnen.

Für das Europäische Parlament hat diese Initiative große Bedeutung. Ein friedliches Zusammenleben von Kulturen und Religionen sowohl in der Europäischen Union als auch jenseits des Mittelmeers, im Nahen Osten, ist möglich und von größter Bedeutung für unsere Zukunft.

Wir müssen über das Mittelmeer in den Nahen Osten und darüber hinaus eine intellektuelle und kulturelle Brücke bauen – eine Brücke, deren Fundament aus gegenseitigem Verständnis und gemeinsamen Werten besteht.

Gerade eine Institution wie das Europäische Parlament kann hier einen besonderen Beitrag leisten, sei es durch eine stärkere und systematischere parlamentarische Dimension bei allen EU-Gipfeln mit Drittstaaten oder regionalen Zusammenschlüssen, sei es durch die erfolgreiche Weiterentwicklung von Instrumenten der „Soft Power“ parallel zur klassischen Diplomatie.

Im kommenden Jahr will das Europäische Parlament mit einer Reihe von Veranstaltungen und Initiativen dem interkulturellen Dialog neue Impulse geben.

Wir werden hochrangige politische und religiöse Führer aus der ganzen Welt einladen und Wochen der arabischen und afrikanischen Kultur abhalten. Im Mai 2008 wird die Europäische Union den jährlichen Gipfel der europäischen religiösen Führer in Brüssel veranstalten.

Nach 2008 muss der interkulturelle Dialog als horizontale Priorität der Union in allen relevanten europäischen Programmen und Politiken weitergeführt werden. Auch jedes der 27 Mitgliedstaaten sollte seine eigenen individuellen Aktionspläne entwickeln.

Wenn es uns gelingt, parallele Prozesse auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene durchzuführen und möglichst viele Akteure der Zivilgesellschaft in den Dialog einzubinden, können wir einen echten Beitrag leisten.

xxx Nahostinitiative

Gerade im Nahen Osten ist der interkulturelle Dialog dringend vonnöten.

Es war zweifelsohne eine sehr ermutigende Entwicklung, dass sich vor kurzem die meisten Hauptakteure für "Verhandlungen über Verhandlungen" in

Annapolis versammelt haben. Die Tatsache, dass Syrien und Saudi-Arabien eine Vertretung zur Konferenz geschickt haben, ist ein gutes Zeichen gewesen.

Die Akteure in der Region wünschen sich einen europäischen Beitrag zum Frieden. So sehr die Bemühungen der USA zu würdigen sind, zum Frieden im Nahen Osten beizutragen, so sehr sollten wir uns auch unserer Stärken bewusst sein und diese einsetzen:

Die Erfolgsgeschichte des europäischen Einigungsprojektes, in dessen Verlauf ehemalige Feinde sich die Hand reichten und lernten, mit einander zu leben und zu arbeiten, kann auch eine Inspiration für jene Region sein, die in vielerlei Hinsicht die Wiege unserer eigenen Zivilisation darstellt. Sicherheit ist dauerhaft nur miteinander und nicht gegeneinander zu erreichen.

Das Europäische Parlament kann hier eine zusätzliche Perspektive anbieten. Wir wollen eine stärkere parlamentarische Dimension in die Beziehungen zum Nahen Osten und innerhalb des Nahen Ostens aufbauen, weil wir davon überzeugt sind, dass die gewählten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger einen besonderen Beitrag leisten können. Wir wollen neue Begegnungsforen anbieten, in die möglichst alle Akteure in der Region einbezogen werden. Die Euromed Versammlung ist dabei ein wichtiges Instrument.

Die europäische Erfahrung der Schaffung von wirtschaftlicher Verflechtung und Souveränitätsteilung sind für den Nahen Osten von großer Bedeutung. Wir müssen historische Unterschiede überwinden, indem wir dazu beitragen, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und die Region darin zu unterstützen, ihr Schicksal gemeinsam in die Hand zu nehmen.

Javier Solana möchte ich für sein großes Engagement danken!

xxx Problemgebiete

Gestatten Sie mir noch zwei Bemerkungen zu Problemgebieten, die unsere Sicherheit, aber auch die Menschenrechte betreffen:

(1) Kosovo:

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollten geschlossen handeln. Die Selbständigkeit des Kosovo und ihre sicherheitspolitische Garantie sollten verbunden werden mit zeitlichen Abläufen, die auf die Wahlen Anfang 2008 in Serbien Rücksicht nehmen. Festigkeit in den Grundsätzen sollte verbunden werden mit Flexibilität im Verfahren.

(2) Sudan / Darfur:

Am Dienstag hat das Europäische Parlament den Sacharow- Preis für geistige Freiheit an den sudanesischen Rechtsanwalt und Abgeordneten Salih Mahmoud Osman verliehen.

In seiner Rede hat er uns dringend aufgefordert, europäische und internationale Truppen zu entsenden, weil die Soldaten der Afrikanischen Union nicht in der Lage sind, die leidende Bevölkerung zu schützen. Über diesen Appell von Salih Mahmoud Osman möchte ich Sie unterrichten.

Das Europäische Parlament würde es begrüßen, wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Union den Willen und die Fähigkeit aufbringen würden, mit geeigneten militärischen und humanitären Mitteln den leidgeprüften Menschen in Sudan / Darfur zu helfen.

xxx Schlussfolgerung

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Die Europäische Union ist aus der jüngsten Phase des Reform- und Integrationsprozesses gestärkt hervorgegangen.

Der Vertrag von Lissabon bietet uns die notwendige neue Ausgangsbasis für unsere Arbeit.

Jetzt müssen wir diese Instrumente rasch zum Einsatz bringen und mit dem größtmöglichen politischen Engagement nutzen. Unser Ehrgeiz muss sein, dass der Reformvertrag spätestens zum 1. Januar 2009 in Kraft tritt.

Diesen neuen Schwung müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen und mit ihnen diskutieren. Europa kann mehr für die Bürgerinnen und Bürger erreichen. Gemeinsam werden wir erfolgreich sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!